

Die Beiträge: a) [Ein Leserkommentar zu Hart aber fair „Wer jetzt noch spart, ist selber schuld: Muss uns die Politik vor den Minuszinsen retten?“](#) b) [Meinungsmache zur privaten Altersvorsorge mit Aktien - Beteiligungskultur](#) und c) [Debatte um Lebensmittelpreise - scheinheilig und zynisch](#) stießen auf einen regen Zuspruch bei unseren Lesern. Nachfolgend finden sich einige der Zuschriften. Zusammengestellt von **Moritz Müller**.

1. Leserbrief

Hallo,

auch zu Williy Brandts Zeiten, als das Rentensystem noch in Ordnung war, haben die Deutschen gespart. Für verschiedene Anlageziele und auch für die Alterssorge. Und das wollen die Menschen heute immer noch. Deshalb suchen sie nach alternativen Anlagemöglichkeiten, weil es keine Zinsen mehr gibt. Genau darum ging es in der letzten Sendung Hart aber fair. Und nicht um das Rentensystem. Ich sehe auch, dass es eine Demographie-Lüge gibt, das kann man versuchen zu ändern, in dem man auf die Straße geht wie in Frankreich (und dazu muss ich auch keine Partei gründen) oder man arrangiert sich damit, z.B. durch Investments in Sachwerte, wie Unternehmensbeteiligungen = Aktien sind eine gute Möglichkeit dafür. Das Deutsche Aktieninstitut (dai.de) hat ermittelt, dass es in der Vergangenheit keinen 15 Jahreszeitraum gab, wenn man in alle Aktien des DAX Index investiert war, der mit einem Verlust geendet hat, im Gegenteil, es wurde eine durchschnittliche Rendite von 6-7% erwirtschaftet.

Das DAI verkauft keine Aktien und ist auch sonst nicht an der Börse beteiligt. Ich kann ihre Kritik an Aktienanlagen nicht nachvollziehen. Aktuell sind deutsche Aktiengesellschaft in der Regel mehrheitlich in den Händen ausländischer Aktionäre. Die würden das nicht machen, wenn Sie nicht in die deutsche Wirtschaftsentwicklung vertrauen würden. Mit Casino haben solche Beteiligungen nichts zu tun. Hätten die Deutschen eine ausgeprägtere Aktienkultur würden Sie auch an den Profiten der Unternehmen partizipieren und könnten ihre Mitbestimmung geltend machen.

Natürlich kann man auch private Aktiengesellschaften per se ablehnen. Dann frage ich mich aber, warum nicht Willy Brandt die deutsche Wirtschaft dahingehend geändert hat.

Gruß
Beck

P.S.: Ich vermisse einen Beitrag zur Berufung von Siegmur Gabriel in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank auf Ihren Seiten.

2. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Müller und Mitarbeiter bzw. Kollegen,

zu obigem Vorgang möchte ich in aller Kürze daran erinnern, dass Olaf, um trotz aller Steuergeschenke an das große Kapital, die Internat. Konzerne und die unzähligen Betrüger, doch noch einen Überschuss bilanzieren zu können, die Rentenkasse wieder um 30 Mrd. € bestohlen hat. Auf ihren entsprechenden Bericht vom 16. Juli 2019 hätte man noch hinweisen können.

Mit freundlichen Grüßen
Volker Rüdinger

Leserbriefe zu: [Meinungsmache zur privaten Altersvorsorge mit Aktien - Beteiligungskultur](#)

3. Leserbrief

zu NDS #58196 fehlende Aktionärskultur

Lieber Herr Berger, liebe NachDenkSeiten-Macher,

den ökonomischen Nonsense der Sache haben Sie prägnant erklärt ... Die NDS mal wieder als Nadel am Luftballon.

Ich möchte noch Vermutung äußern, warum sich interessierte Kreise auch sonst noch eine "Aktionärskultur" herbeiwünschen: Wenn der normale Mensch als Kleinstinvestor dann von fiesen Machenschaften à la BlackRock zu Lasten der Beschäftigten erfährt, soll er den Börsenteil aufschlagen und sich denken "Immerhin, für meine Altersvorsorge ist das doch gut, drum hab ich mal keine moralische Meinung dazu". - Solche Schizophrenie ist in den USA längst ein probates Mittel gegen allzu spontanes, nun, sagen wir mal - Klassenbewusstsein.

Ach ja, "Aktionärskultur"; schon wieder was mit "Kultur"! Pffft! Postmoderne Geschwafel. Pardon, "Diskurs" heißt das ja jetzt. (Vor einiger Zeit habe ich mit sehr großem Interesse

von Frances Stonor Saunders das Buch "Who paid the Piper" gelesen. Seither werde ich den Verdacht überhaupt nicht mehr los, dass jetzt die postmoderne Philosophie, nach dem abstrakten Expressionismus damals, die aktuelle Partitur der Mighty Wurlitzer ist.)

Also vielen Dank für Ihren Artikel. Einer muss ja mal die Tassen wieder in den Schrank stellen.

Herzliche Grüße
A.B.

4. Leserbrief

Hallo Herr Berger,

ich fände es - bei aller logisch richtigen Argumentation - von unendlichem Vorteil, wenn solche Aussagen: *"Die Ausnahmen, die diese Regel bestätigen, sind der Börsengang und eine Kapitalerhöhung der betreffenden Aktiengesellschaften, die jedoch nur einen sehr kleinen Teil des Aktienhandels ausmachen."* mit Belegen hinterlegt werden. Wie hoch ist denn der Anteil?

Darüber hinaus ist eine Kapitalerhöhung beispielsweise ja oft auch so eine Sache=> Dies ist beispielsweise in einem Artikel aus der WIWO kurz gut dargestellt: wiwo.de/archiv/neue-aktien-an-der-boerse-fluch-und-segen-von-kapitalerhoehungen-seite-2/5579200-2.html.

Alleine schon diese dargestellten Beispiele zeigen, dass eine Kapitalerhöhung mögliche Finanzierungsinstrumente auf Unternehmensebene darstellen und weniger relevante volkswirtschaftlichen Effekte haben. Die Motive halte ich deshalb für wichtig, da mit einer Kapitalerhöhung dem Unternehmen frisches Eigenkapital zufließt=> was der Trigger für die Manipulation als Frame sein könnte .

Was hier meines Erachtens eher passiert, ist die Verwechslung von Makroökonomie versus Mikroökonomie im reinen Interesse der Banken und Finanzwirtschaft, wie es im laufenden Artikel auch korrekt dargestellt wurde. Propaganda eben.

Danke für die Hervorragende Arbeit unisono

und ich verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Quensel

5. Leserbrief

hallo Herr Berger,
grundsätzlich stimme ich den meisten Ihrer Ausführungen zu. Der Aktienmarkt ist, wie Sarah Wagenknecht zu Recht immer wieder betont, ein Finanzkasino, welches zur Absicherung der Renten nur bedingt geeignet ist. Nicht zustimmen kann ich Ihrer Darstellung, dass man beim „klassischen“ Sparen der Bank gegen Zinsen Geld leiht, das die Bank gegen höhere Zinsen als Kredit an andere Haushalte und vor allem die Wirtschaft weitergibt. Banken brauchen keine Einlagen von Sparern, um Kredite vergeben zu können. Geschäftsbanken schöpfen Geld, indem sie neue Kredite vergeben. In der Realität schreibt die Bank dem Kreditnehmer den Kreditbetrag auf seinem Bankkonto ganz einfach in Form von Buchgeld gut. Durch diese Buchung schafft die Bank neues Geld, welches als Kredit vergeben wird.

Auch entziehen Dividenden (und der von Ihnen unterschlagene Aktienrückkauf) nicht zwangsläufig der Wirtschaft Geld. Es liegt in der Entscheidung der Dividenbezieher, ob das Geld in der Realwirtschaft verbleibt (Konsum, Investitionen) oder aber ins Finanzkasino transferiert wird.

Die klare Differenzierung von Realwirtschaft und Finanzwirtschaft ist zum Verständnis der Zusammenhänge unverzichtbar. Hierzu habe ich in „Geld arbeitet nicht“ ausführlich Stellung bezogen:

shaker-media.eu/de/content/bookshop/index.asp?ISBN=978-3-940459-22-0&ID=2

Eine kürzere Abhandlung zu diesem Thema füge ich bei.

geld-arbeitet-nicht.jimdofree.com/sektorbilanzen/

mit freundlichen Grüßen

Dr. Hauke Fürstenwerth

Replik Jens Berger: *Lieber Herr Fürstenwerth,*

ich hatte an dieser Stelle natürlich vereinfacht und den ganzen Banken- und Zentralbankenbereich als „Black Box“ genommen. Natürlich haben Sie im Detail Recht. Banken brauchen aber schon Kundeneinlagen; wenn auch nicht direkt, um Kredite zu vergeben, sondern indirekt, um die Kapitalquoten zu erfüllen, die nötig sind, um Kredite zu vergeben. Meine Befürchtung war es, dass dies ohne ausführliche Erklärung viele Leser, die nicht in der Materie sind, eher verwirrt hätte. Schließlich ist dieser Aspekt im Artikel ja nur ein Randthema.

*Danke und beste Grüße
Jens Berger*

6. Leserbrief

Hallo Herr Berger,

und: Nanu, was muss ich da in Ihrem Artikel im vorletzten Absatz lesen?

“Interessant ist, dass es hierbei einen klaren Unterschied zum „klassischen“ Sparen gibt. *Hierbei leiht man der Bank gegen Zinsen Geld, das die Bank gegen höhere Zinsen als Kredit an andere Haushalte und vor allem die Wirtschaft weitergibt.* In diesem Fall fließt das Geld - anders als bei einem Aktienkauf - tatsächlich indirekt in die Wirtschaft. Wenn der Kreditnehmer ein Haus baut, landet das Geld über Umwege beispielsweise bei den Handwerksfirmen, die am Hausbau beteiligt sind. Wenn ein Unternehmen einen Kredit aufnimmt, gibt es das Geld in der Regel für Investitionen aus. In beiden Fällen sorgt der Sparer so indirekt für einen konjunkturellen Effekt.”

Uiuiui: Waren wir uns nicht darüber einig, dass Banken keine Kundeneinlagen zur Kreditvergabe benötigen? Mit diesem Abschnitt haben Sie ihren ansonsten, wie ich finde, sehr guten Beitrag angreifbar gemacht. In der Realität ist es doch tatsächlich so, dass nicht Kundeneinlagen für die Kreditvergabe verwendet werden.

Z. B. hier steht warum Banken dann trotzdem gerne an Kundeneinlagen interessiert sind und in der Vergangenheit auch Zinsen dafür gezahlt haben: makroskop.eu/2016/03/wozu-brauchen-banken-kundeneinlagen/

Viele Grüße von Ihrem aufmerksamen Leser

Christian Sander

Replik Jens Berger: *Lieber Herr Sander,*

das ist ja alles richtig, aber für den Artikel doch eher eine Nebensache. Problematisch ist, dass man derlei finanzwirtschaftliche Feinheiten nicht in einem Artikel für normale Leser unterbringen kann, ohne die Zusammenhänge zu erklären. Und das würde in diesem konkreten Fall viel zu viel Raum einnehmen. Da ist es sinnvoller, hier und da zu vereinfachen. Und wenn man den Banken- und Zentralbankensektor als Black Box betrachtet, ist die Aussage im Artikel ja keinesfalls falsch. Die Möglichkeit Giralgeld zu schöpfen, hängt halt von den kapitalrechtlichen Kennzahlen ab und die hängen wiederum mit den Spareinlagen zusammen. Was in der Black Box passiert ist spannend, aber eher ein Thema für einen separaten und langen Artikel, wenn die Zielgruppe nicht wie bei Makroskop fast ausschließlich aus Ökonomen besteht. Sonst verwirrt man den Leser mehr als dass man ihm hilft.

*Liebe Grüße
Jens Berger*

7. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

Ich schätze Ihre Beiträge sehr und möchte Ihnen an dieser Stelle für Ihr Aufklärung danken.

Im aktuellen Artikel stellen Sie die Funktionsweise der Aktienmärkte korrekt dar. Dann überraschen Sie allerdings mit einer gewagten These. Die Banken sind Geldverleiher und verteilen Kundeneinlagen an die Wirtschaft. Ich gehe davon aus das Ihnen bekannt sein dürfte, daß eine der Besonderheiten der Banken in Ihrem Privileg zur Kreditschöpfung besteht. Da Banken somit zumindest theoretisch unbegrenzt Kredite vergeben können, wo ist dann der Nutzen, nebenbei noch als Geldverleiher aufzutreten? Abgesehen davon wie sollte denn der Buchungssatz lauten? Kundeneinlagen sind Verbindlichkeiten der Bank und stehen auf der Passivseite, wie gelangt den eine Kundeneinlage auf die Aktiv Seite, was zwingend notwendig für die Kreditvergabe ist. Und wie soll es zu einer ausgeglichenen Bilanz bei ggf. gleichzeitig erfolgtem Zentralbankgeld Ausgleich kommen?

Viele Grüße

Stefan Heinz

8. Leserbrief

Liebe NDS-Redaktion, werter Herr Berger,

am heutigen 03. Februar 2020 erschien auf den NachDenkSeiten ein Beitrag von Ihnen mit dem Titel "Meinungsmache zur privaten Altersvorsorge mit Aktien - Beteiligungskultur".

In diesem grundsätzlich zustimmungswürdigen Artikel erwecken Sie zum Ende hin den Eindruck, dass Kredite durch Banken auf Basis gesparter Gelder der Bankkunden ausgereicht würden. Dies ist eine gängige, jedoch gänzlich unzutreffende Darstellung (welche jedoch von den Banken gern bemüht wird).

Wie sogar die Deutsche Bundesbank in ihren öffentlich zugänglichen Informationen erläutert (z.B. hier:

[bundesbank.de/resource/blob/614528/1fad6735c298fa9aed9b58f288219dc5/mL/haeufig-gestellte-fragen-geldschoepfung-data.pdf](https://www.bundesbank.de/resource/blob/614528/1fad6735c298fa9aed9b58f288219dc5/mL/haeufig-gestellte-fragen-geldschoepfung-data.pdf)), werden Kredite der Privatbanken (hier gibt es ggf. Unterschiede zu Notenbanken der Nationalstaaten bzw. der EU) STETS durch Giralgeldschöpfung ausgegeben, d.h. es wird Geld erzeugt, welches zuvor nicht existiert hat. Richtig ist zwar, dass dieser Geldschöpfung eine gewisse Menge "eigenes Geld" zugrunde liegen muss, jedoch nur im Schnitt über einen gewissen Zeitraum betrachtet. Und diese "Eigenmittel" können notfalls wiederum durch Kredite der Privatbanken bei der Notenbank/Zentralbank dargestellt werden.

Die Sichteinlagen der Bankkunden sind quasi nur noch die Kirsche auf der Torte, erlauben sie es den Banken doch, mit jedem Euro eines Sparers ca. 100 Euro Kredit auszureichen. Selbst in den aktuellen Zeiten des Niedrigzinses sind längerfristige Darlehen durchaus mit über 1% zu verzinsen. D.h. im Klartext, die Bank macht aus jedem Euro eines Sparers mindestens einen Euro Gewinn für sich selbst. Wie viel davon der Sparer erhält, muss ich hier nicht erläutern.

Ich denke, diese Zusammenhänge und Hintergründe zum Geldsystem sind ein ganz wesentlicher Baustein zum Verständnis der aktuellen Verhältnisse. Ich möchte an dieser Stelle einmal Henry Ford - wahrlich nicht für Verschwörungstheorien oder sozialistische Gesinnung bekannt - zitieren: Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh.

Ich fände es schön, wenn sich die NachDenkSeiten einmal vertieft dieses Themas annähmen. Die Expertise hierfür ist bei Jens Berger zweifellos vorhanden.

Ansonsten, machen Sie weiter so und hören Sie nicht auf, ein Stachel im Fleisch der Mächtigen zu sein! Hierbei unterstütze ich Sie auch mit einer bescheidenen monatlichen Spende.

Mit den besten Wünschen,
Rolf Böldicke

9. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger

sie haben sich gestern sehr treffend gegen die derzeit aus allen Kanälen an die Bürger ergehende Aufforderung, endlich für die Alterssicherung in Aktien zu investieren, gewandt. Soll man diese eine Kampagne nennen? Der entsprechende Verdacht drängt sich nahezu auf. Obwohl ich mit Ihrem Hauptanliegen übereinstimme, möchte ich doch ein paar Anmerkungen zu Ihren Ausführungen machen, die auch einige Umstimmigkeiten enthalten oder zumindest Missverständnisset nahelegen:

Auch in den, von Ihnen erwähnten, Ausnahmefällen der Neuemission und der Kapitalerhöhung fließen die Einnahmen meist nie in Investitionen. Die typischen IPOs, wie man sie von Startups der Internet- und Technologiebranche kennt, dienen überwiegend dazu, die Gründer und die frühen Investoren — also die, die ihr Geld *nicht* über die Börse angelegt haben — zu bereichern und Kapitalerhöhungen erfolgen meist, wenn die Eigenkapitaldecke gefährlich dünn geworden ist. Dann geht es eher um den Abbau von Verbindlichkeiten als um Neuinvestitionen. Wie Doug Henwood schon vor vielen Jahren feststellte, dient die Aktienbörse per saldo nicht dazu, Unternehmen zu finanzieren, sondern dazu, Geld aus ihnen herauszuziehen. Sinnvoll wäre vielleicht noch ein Hinweis auf die Gefahren der Indexfonds gewesen, die heute als Produkte mit vergleichsweise geringem Verwaltungsaufwand empfohlen werden. Da sie ja nicht als unbeteiligte Beobachter außerhalb dessen stehen, was sie abbilden, sondern selber dessen Bestandteil sind, gibt es hier Rückkopplungseffekte, die sich mit der Popularität solcher Fonds verstärken. Daraus könnte sich eine Gefahr für die Finanzstabilität entwickeln.

Wo ich Ihnen direkt widersprechen muss, ist die Frage des Sparens. Sie weisen in ihrer

Fußnote zwar darauf hin, dass sie dabei eine bewusste Vereinfachung vornähmen, doch ist das, das dabei entsteht, auch als Vereinfachung schlicht falsch. Auch der Hinweis auf die Kapitalquoten und die Reserveanforderungen — die ohnehin höchst bescheiden und in manchen Ländern nichtexistent sind — trägt hier nicht. Die Kundeneinlagen sind *Forderungen* gegen die Bank, die deren Eigenkapital in keiner Weise erhöhen, während die Forderungen der Bank gegen ihre Kreditnehmer unverändert auf der Aktivseite stehen, also dem Eigen- und dem Fremdkapital, d. h. auch den Einlagen, gegenüberstehen. Mit den Kundeneinlagen fließen, sofern sie durch Bareinzahlung oder Überweisung von einem anderen Kreditinstitut erfolgt sind, zwar Reserven zu — nicht so, wenn die Überweisung zwischen Kunden derselben Bank erfolgt —, doch sind die Reserven genau dass, was im Kontext der heutigen Zentralbankpraxis kein ernstes Problem darstellen sollte, zumindest, solange die Zentralbanken sich nicht völlig idiotisch verhalten.

Was immer geschieht, wenn jemand spart, d. h. einen Teil seines Einkommens nicht ausgibt, ist eine *Verminderung* des gesamtwirtschaftlichen Einkommens. Darin wurzelt das, was Keynes *the paradox of thrift* genannt hat. In einer Volkswirtschaft können, ohne Schaden anzurichten, nicht alle beliebig viel Geld sparen, weil sonst das, was die einen zurücklegen, den anderen als Einkommen fehlt, d. h. die entsprechenden Schulden also zwangsweise entstehen und dabei die Wirtschaft schrumpft. Sparen ist volkswirtschaftlich nur unschädlich, wenn sich andere freiwillig mindestens im gleichen Umfang verschulden, doch das muss nicht zwangsläufig der Fall sein. Vor allem jedoch muss niemand Geld gespart haben, damit jemand einen Kredit aufnehmen kann, um vielleicht zu investieren. Doch auch letzteres ist nicht garantiert. Eine reale volkswirtschaftliche Ersparnis kann, im Gegensatz zur gesamten Geldersparnis, die netto null sein muss, immer und völlig unabhängig davon, ob jemand Geld auf die Seite gelegt hat, entstehen, indem dauerhafte, d. h. im Laufe einer Wirtschaftsperiode nicht verbrauchte bzw. abgenutzte Güter (d. h. Vorräte oder Anlagen) zurückbleiben.

Was die Mechanik des Bankwesens angeht, verweise ich nochmals auf die diversen Artikel von Paul Steinhardt, z. B. hier makroskop.eu/2020/01/muss-die-politik-uns-vor-den-minuszinsen-retten/ und hier makroskop.eu/2015/03/die-unverstandene-welt-der-banken-teil-1/

Ich grüße Sie vielmals
Rainer Fischbach

10. Leserbrief

Sehr geehrter Jens Berger,

ich beziehe mich im Nachfolgenden auf den Artikel „Meinungsmache zur privaten Altersvorsorge mit Aktien - Beteiligungskultur“ vom 3.2.2020 auf den Nachdenkseiten.

Ich gebe Ihnen ja im Prinzip mit allen einzelnen Fakten im Artikel Recht. Dennoch muss ich insgesamt gesehen widersprechen. Sie betrachten nämlich nur eine Seite der Medaille. Die Seite der Sparer lassen Sie hier völlig außen vor. Der Artikel hat auf mich die Wirkung, als ob Sie vor der Anlage in Aktien warnen wollen, als ob Sie die Bevölkerung davon abhalten wollen, in Aktien zu investieren; in Konsequenz, als ob Sie die kleinen Sparer (zu denen ich mich zähle) weiterhin in Armut halten wollen, um es etwas „streng“ zu formulieren.

Was sollte denn eine Alternative zum Aktiensparen sein ? Die Wahrheit ist, es gibt keine mehr. Seit Schröder und Fischer (SPD und Grüne) die gesetzliche Rente zerstört haben, bleibt einem doch gar nichts mehr anderes übrig. Es ist ja durchaus ehrenwert, eine Wiederherstellung der gesetzlichen Rente zu fordern – dem stimme ich ausdrücklich zu – nur wird das in unserem Land nicht mehr passieren. Ich werde voraussichtlich in 3 Jahren in Rente gehen. Wenn ich über diese 3 Jahre meine Rente gemäß der jährlichen Rentenauskunft der BfA (und meine Rente wird deutlich über dem Durchschnitt liegen) und mein Tarifgehalt (das ebenfalls über dem Durchschnitt liegt) hochrechne, wird meine Rente ca. 28% des letzten Gehalts betragen (Brutto zu Brutto gerechnet). Da wirkt die Diskussion Berliner Politiker, ob die Rente denn nun 45%, 48% oder vielleicht doch 52% betragen sollte aus meiner Sicht nur noch lächerlich.

Es bleibt also gar nichts anderes übrig, als privat vorzusorgen, trotz aller Hindernisse, die die Berliner Politik dem Sparer hier in den Weg wirft (Abschaffung der Steuerfreiheit nach einem Jahr Haltedauer in 2009, Vorabpauschale auf Fondsgewinne, Transaktionssteuer – selbstverständlich nur die kleinen Sparer betreffend u.a.). Ich bin seit über 20 Jahren Fondssparer (damals noch nicht unbedingt mit Zielrichtung Rente). Und ja, ich kann monatlich eine deutliche Summe zurücklegen. Mein Depot hat mittlerweile einen Stand erreicht, der es mir erlaubt, mit Renteneintritt monatlich einen Betrag zu entnehmen zu deutlichen Aufbesserung der Rente, unter Kapitalerhalt des Depots, dass ich dann noch an meine Kinder vererben kann. Aus meiner Sicht: Alles richtig gemacht.

Sehr geehrter Herr Berger, dies soll nur ein kleines Beispiel sein zur Sinnhaftigkeit des Aktien/Fondssparens. Auch wenn mir vollkommen bewusst ist dass das finanziell nicht jeder kann, sei es wegen fehlendem Einkommen oder auch wegen fehlender Finanzbildung. Aber

ich halte eine Beteiligung der deutschen Bevölkerung an einer weit größeren Aktienkultur durchaus für geboten. Dann gingen auch nicht mehr über die Hälfte der Dividende der DAX-Konzerne ins Ausland. Insofern finde ich Ihren Artikel doch recht einseitig bis kontraproduktiv. Sie betrachten nur Fakten, die Sie als negativ ansehen, lassen aber den (wichtigen!) Aspekt der Vermögensbildung für den Anleger außen vor.

In diesem Sinn grüßt Sie ihr stets interessierter Leser
M K

Leserbriefe zu : [Debatte um Lebensmittelpreise - scheinheilig und zynisch](#)

11. Leserbrief

sorry herr berger,

leider einmal wieder ein schwacher artikel. der hauptwiderspruch in dieser unserer kapitalistischen gesellschaft klingt zwar etwas an, wird im weiteren aber schwammig vernebelt.

mfg
reinhard wiecha

12. Leserbrief

Hallo NDS

Dies ist ein umfassendes Themengebiet was wirklich alle im "System" betrifft. Und da geht es schon los, dass nur die führenden Lebensmittelketten zum Gespräch geladen werden. Wo bleiben da die einzelnen Verbände wie Verbraucherschützer, Bauern oder Wissenschaft. Obwohl der Bauernverband meiner Einschätzung nach auch nicht neutral aufgestellt ist und sich auf die Seite der Industriellen stellt.

Ich beschäftige mich schon seit ein paar Jahren mit Alternativen in der Landwirtschaft und hege auch den Plan in diesem Jahr einen Hof auf diese Weise zu bewirtschaften.

Es ist für mich mittlerweile schwer geworden die Wirtschaftsweise auf den Feldern und in

den Ställen einfach nur zu akzeptieren. Ein Großteil der Bauern produziert keine Lebensmittel. Es sind meistens bloß noch quantitativ hergestellte Füllstoffe und größtenteils Rohstoffe zur Energieproduktion.

Es gibt Erhebungen, wo die Lebensmittel von heute mit den von 1940 verglichen werden. Diese weisen heute teilweise bis zu 40% weniger Mineralstoffe und Vitamine auf. Das hat u.a. die Australierin Christine Jones (Carbon farming) in ihren Vorträgen aufgeführt. Sie beschreibt, wie auf einfache Art und Weise hochwertige Lebensmittel hergestellt werden können, wo zu allererst die Bodenregenerierung im Vordergrund steht. D.h. das bewusste Weglassen von Mineraldüngern (sogar Wirtschaftsdünger wie Gülle oder Stallmist) und Pestiziden. Zusätzlich wird der Boden mit Fermenten oder z.B. Kompostextrakten "geimpft" um die Mikrobiologie des Bodens aufzubauen und zu erhalten. Außerdem wird ein dauerhafter Bewuchs angestrebt um diesen Prozess zu fördern. Es heißt, ein gesunder, aktiver Boden ist die Voraussetzung für gesunde Tiere und Menschen.

Wirtschaftlich unterstützen in Australien sogar die Banken dieses Anbausystem, da bei der Kreditvergabe weniger Ernteausfallrisiken bestehen. Wenn z.B. 9 von 10 Ernten eingefahren werden als nur 7 von 10.

Es gibt noch viel mehr Vorteile dieses Systems und natürlich viele (sinnfreie) Nachteile der derzeitigen Landwirtschaft (u.a. viele "konventionelle" Biobetriebe), die sie aufzeigt.

Ich verweise auch noch gerne auf das Netzwerk der Regenerativen (Aufbauenden) Landwirtschaft, die GKB (Gesellschaft zur konservierenden Bodenbearbeitung), Namen wie Joel Salatin, Richard Perkins, Greg Judy, Gabe Brown, Sepp Holzer, Sepp Braun..und (sehr) viele mehr.

Ich nehme auch gerne auch noch mehr Wissen in Empfang und könnte auch noch detaillierter auf dieses Thema eingehen..das sprengt aber den Rahmen.

Einen herzlichen Gruß an die NDS -Redaktion und alle denkenden Menschen.

Macht weiter "Wir schaffen das"..auch ohne Raute ;)

M.Kröhnert
Bauer und Teil dieser Planetin

13. Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Berger,

Ihr Hinweis zu oben genannten Thema ist vollkommen richtig. Allerdings haben Sie den meiner Meinung nach den entscheidenden Faktor außer Acht gelassen. Dies sind die Agrarsubventionen! In der Bundesrepublik werden z.B. jedes Jahr rd. 20 Millionen Schweine, in Form von Wurst, Fleisch bzw. Tiere, auf den Müll geworfen. Dieser „Verderb“ ist bereits in den Ladenpreisen mit eingerechnet. Dies geht nur, weil in der Landwirtschaft seit Jahren die Massentierhaltung überdurchschnittlich vom Staat gefördert wird. eine Veränderung der Förderung hin zur bäuerlichen Landwirtschaft, bzw. zur Biolandwirtschaft sollte dazu führen, dass Massentierhaltung abnimmt und im Gegenzug die Produkte der alternativen Landwirtschaft günstiger anzubieten wären. Nach Abzug der Kosten des Verderbs, dürften sich die Ladenpreise zwischen den heutigen einpendeln. (ich weiß ein Traum) Dass dies nicht geschehen wird, weil die Lobbyisten der Agrar-, Pharma- und Einzelhandelsunternehmen sich dagegen stemmen werden, ist leider eine anscheinend unverrückbare Tatsache.

Ansonsten kann ich Sie von den nachdenkseiten nur bitten, machen Sie weiter so. Auch wenn es manchmal Aussichtslos erscheint.

Mit freundlichen Grüßen
Günther Jakob

14. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

schön analysiert, aber vor allem die verheerenden Auswirkungen der EU- Agrarmarkt-Politik und deren Richtlinien und Verordnungen, die zu 98% die Großagrarier in der EU, aber nur minimal ökologische und nachhaltige Landwirte (meist Kleinproduzenten) unterstützt, haben Sie leider vollständig ausgeblendet. Denn nationale Agrarpolitik spielt nur noch eine bescheidene Nebenrolle. Auch ein Aspekt, der aufzeigt, wie sehr die EU über ihre total nach neoliberalen Grundsätzen juristisch fixierten Verträge (Maastricht Lissabon) gegen die EU- Verbraucherinteressen ausgerichtet ist.

Großbritannien gewinnt hier durch den Brexit seine nationale Gestaltungshoheit wieder. Auch ein Aspekt, der völlig ausgeblendet wird, da er nicht in die mediale Sprach- und Hirnmanipulation passt.

Mit besten Grüßen
Reinhold Lang

***Anmerkung Moritz Müller:** Ich bin mal gespannt, wie die Briten unter der Aufsicht ihres Establishments ihre Gestaltungsfreiheit nutzen werden im Bezug nicht nur auf die landwirtschaftlichen Methoden in GB. Ich fürchte wir werden uns noch wundern.*

15. Leserbrief

Dieser Zynismus trifft auch auf die *Lebensmittel* wie Energie, Bildung, Gesundheit, Mobilität, Wohnen.... zu.

Notwendige Lebensgrundlagen dürfen keine Ware eines sog. freien Marktes sein und die Frage ist, was und wie es anders und besser geregelt werden könnte?

L.G.-Ute Plass

16. Leserbrief

Hallo,

leider vermisse ich im Artikel, wie denn der Verbraucher die Qualität der angebotenen Lebensmittel erkennen kann. Die Industrie und der Handel setzen doch gerade alles daran, dass die wirkliche Qualität verschleiert wird. Es ist mitnichten so, dass die Deutschen nur das billigste kaufen. Aber wenn ihnen nur mindere Qualität durch die Handelsriesen angeboten wird, wie sollen sich Verbraucher denn verhalten?

—

Wolfram Wadepohl

17. Leserbrief

Hallo Herr Berger,

wieder einmal treffen Sie mit ihrem Artikel den Nagel genau auf den Kopf:

die Ramsch-Preise für Lebensmittel sind ja geradezu *conditio sine qua non* des „besten Niedriglohnssektors in Europa“. Nur wenn die Menschen sich auf Kosten von Natur, Tieren und Bauern billigst versorgen können, lassen sie sich mit 9 Euro pro Stunde abspeisen. Zudem kann man ihnen umso mehr für die Wohnungsmiete abpressen.

Eine verantwortungsbewusste Politik würde zunächst dafür sorgen, dass Lebensmittel nachhaltig, menschen- und tiergerecht auf höchstem Qualitätsniveau produziert werden müssen und zugleich für Löhne und Gehälter, die es dem Bürger selbstverständlich erlauben, sich damit zu versorgen.

Nimmt man Niveau und Inhalt unserer (öffentlichen) Medien dazu, wird man unweigerlich an „Brot und Spiele“ aus dem alten Rom erinnert. Damit wusste schon Nero dafür zu sorgen, dass die Plebs sich nicht zu sehr für Politik interessiert, geschweige denn aufbegehrt.

Die Aussagen des REWE-Chefs lassen tief in dessen neoliberale Seele blicken und zeigen deutlich, wieviel man von den Greenwashing-Kampagnen halten darf, die die Herren uns laufend präsentieren (Stichwort: Arbeitsbedingungen, Umwelt- und Artenschutz etc.).

Und ihrer Bekannten kann ich nur vollständig recht geben. Da ich in der selben Branche tätig bin, kann ich bestätigen, dass einem beim Besuch französischer, italienischer oder sogar englischer Großmärkte, der Mund offen stehen bleibt, angesichts der angebotenen Qualitäten und der Preise, die die dortigen Verbraucher offensichtlich gerne bezahlen.

Mit freundlichem Gruß aus Taufkirchen

Martin Sutor

18. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

vielen Dank für Ihren Beitrag zu einer in der Tat völlig schrägen Debatte.

Ich möchte darauf hinweisen (weil es viel zu wenig thematisiert wird), dass die gesamte deutsche landwirtschaftliche Tierhaltung auf Rechtsbrüchen beruht.

Das BMEL als vom Gesetzgeber ermächtigter Verordnungsgeber hat es auch in fünfzig Jahren nicht geschafft, für alle Tierarten per VO die Haltungsbedingungen zu konkretisieren und damit das TierSchG umzusetzen. Für einige Tierarten gibt es VO's, aber die unterlaufen, sie konterkarieren das Tierschutzgesetz sogar, statt es zu konkretisieren. Aktuell ist mit der Regelung zur Kastenstandhaltung von Sauen ein weiterer Rechtsbruch geplant (am 14.2. Abstimmung Bundesrat).

Einen recht schnellen Einblick in die Problematik bekommen Sie hier:

tirup.at/download/pdf/4629054?name=Felde%20Barbara%20Verhaltensgerecht%20Die%20unerf%C3%BCllte%20Forderung%20des%20deutschen%20Tierschut

Es ist ein grundsätzlicher Misstand, dass der Tierschutz im BMEL angesiedelt ist, ein Ministerium, in dem es um das ökonomische Interesse am Tier geht und die Tiernutzerfraktion seit eh und je erheblichen Lobbyeinfluss hat.

Würde das Tierschutzgesetz eingehalten, d.h. durch gesetzeskonforme Verordnungen konkretisiert, dann bräuchten wir keine Label, dann hätten wir flächendeckend eine ‚artgerechte‘ Tierhaltung. Dann könnten längst nicht so viele ‚Nutz‘tiere gehalten werden wie derzeit und sie könnten auch nicht zu derartig billigem ‚Rohstoff‘ degradiert werden wie jetzt üblich, es gäbe dieses Billigfleisch als Lockmittel des LEH nicht und deutsche Agrarunternehmen könnten sich nicht als Weltmarktplayer mit Fleisch und Milch betätigen.

Es ist richtig, die Deutschen legen zu wenig Wert auf die Qualität ihrer Lebensmittel. Sie sind aber über die Jahre systematisch auf die Akzeptanz von Billigqualität manipuliert und über die Entstehung tierischer Produkte bewusst getäuscht worden. Die Bürger wollen nicht, dass Küken geschreddert werden, damit sie günstig an die Ostereier kommen....,

Den Bürgern Schuld zuzuschreiben für komplettes politisches Versagen wird daher der Sache nicht gerecht. Auch ordnungsrechtlich kann nicht wirkmächtig gegen eine staatlich subventionierte Massentierhaltung vorgegangen werden, macht auch keinen Sinn.

Die Verantwortlichen für die ganze Misere sitzen in Bundesregierung/

Bundeslandwirtschaftsministerium und im Deutschen Bauernverband, der mit Industrie und LEH paktiert, statt die Bauern zu vertreten.

Mit herzlichem Dank für Ihre und die Arbeit der NDS
Dr. Ines Advena

19. Leserbrief

Hallo Redaktion,

wo bleibt der Lösungsvorschlag?

Auf der Basis freier Marktwirtschaft.

DIE ZWISCHHÄNDLER MÜSSEN WEG. Der Bauer muss sein Produkt SELBST an den Endkunden verkaufen. DENN: Sein Produkt ist KURZLEBIG und SCHNELLVERDERBLICH.

Die Herstellung seiner Produkte kann nicht aufgeschoben werden. Die Produkte entstehen auf natürlichem Weg und müssen geerntet und gewonnen werden, wenn sie reif sind, das Vieh ruft oder die Eier gelegt sind. Die Viehzucht und der Ackerbau kosten ständig Geld, das nur durch den Verkauf des landwirtschaftlichen Ertrags erwirtschaftet werden kann. Milch, die nicht sofort verkauft werden kann, wird sauer, Korn verdirbt.

Landwirte gehen ständig in VORKASSE.

Dadurch sind sie erpressbar.

Jeder Unternehmer, der auf Zwischenhändler angewiesen ist, teilt ein ähnliches Schicksal.

Eigentlich verbiegt ein Zwischenhändler die grundsätzliche Wertschöpfungskette, die in der bedarfsgerechten Herstellung einer Ware besteht, DIE VOM PRODUZENTEN AN DEN KONSUMENTEN VERKAUFT WIRD. Hier bestimmen Nachfrage an den Anbieter und Angebotsumfang des Anbieters DIREKT den Preis.

Allerdings kann der Landwirt seine Produkte nicht solange aufbewahren, bis der Verkaufspreis stimmt. Das Produkt wächst ständig nach. KÜHE LASSEN SICH NICHT ABSCHALTEN.

Wenn Produkte unter den Herstellungskosten angeboten werden, spricht man von Dumpingpreisen. Ein solches Vorgehen ist ein Wettbewerbsverstoß und strafwürdig. Wichtiger ist, dass es den preisunterbietenden Anbieter recht schnell ruinieren und vom Markt werfen wird.

Folge: Der Bauernstand geht zurück , das Angebot landwirtschaftlicher Produkte geht zurück, die Zwischenhändler bekommen weniger Produkte zum Verkauf angeboten und können den Endkunden nicht mehr ausreichend versorgen.

REWE UND ALDI SCHLAGEN SICH UM DIE SELTENE MILCH.

Der Milchpreis STEIGT.

Der freie Markt hat gewirkt.

Woher kam eigentlich in England die Arbeiterklasse?

Aus der Landwirtschaft - ODER?

Mit freundlichen Grüßen
Hans G. Hilbert

20. Leserbrief

Wenn die Bauern zu wenig Geld für ihr Originalprodukt Fleisch, Gemüse, Milch etc. bekommen, weil sie von Rewe, Lidl, Edeka etc. unter Druck gesetzt werden, kann man einen fairen Grundpreis aushandeln, bei dem keiner zu kurz kommt. Jegliche Erpressung und Drohung seitens der Käufer ist zu unterlassen und sollte unter Strafe gestellt werden.

Es scheint jedoch auch hier der Fall zu sein, wie man z.B. mit Bananen umgeht. Die sind auch ausgesprochen preisgünstig weil die Plantagenarbeiter so gut wie gar nichts verdienen, gehalten werden wie die Sklaven, Gifte massenweise per Flugzeug über die Plantage gespritzt werden - die Großgrundbesitzer sich goldenen Nasen verdienen, weil auch sie die Preise bestimmen und nach unten an die Arbeiter so gut wie nichts vom Gewinn abgeben wollen! Dazu müssten sie per Gesetz gezwungen werden! Einige gibt es schon: die Menschenrechte! Und die werden ignoriert!

Selbiges soll also auch hier mit den Bauern geschehen. Kleine, gut geführte, artgerechte

Bauernhöfe werden nieder konkurriert und die großen werden vom Staat subventioniert. DA sind die Ungerechtigkeiten und Merkels „Einladung“ an die Großen Unternehmen ist nicht mehr als ein Show-Laufen, bei dem öffentlichkeitswirksam so getan wird als ob man diese Probleme lösen wolle.

Doch in Wahrheit geht diese globale Ausbeutung ja weiter. Da braucht man nur nach Rheda-Wiedenbrück zum Tönnies-Konzern zu schauen, der nicht gebremst wird, der immer mehr lebende Schweine zum schlachten aus Holland und Dänemark bekommt, weil er billiger schlachtet. Das kann er aber nur durch die Werkvertragsarbeiter, die wiederum von Subunternehmern zu Dumpinglöhnen angeheuert werden und - fast wie die Plantagenarbeiter in Equador, Nicaragua oder Panama - schamlos ausgebeutet werden und unter widerlichsten Umständen arbeiten und leben.

Die globale Missachtung der Arbeits- und Menschenrechte durch die Großkonzerne und die Politiker muss gestoppt werden!

Glaube doch keiner, dass Merkel sich mit den Großen anlegen wird! Sie hat von Völker- und Menschenrechten so wenig Ahnung wie eine Kuh vom Gewitter. Und kein Gewissen!

Was hier abgeht, ist nicht zynisch und scheinheilig, sondern ein Verbrechen an Mensch, Tier und Umwelt, weil es Gesetze gibt, die einfach nicht eingehalten werden!

Beste Grüße
Karola Schramm

21. Leserbrief

Liebes Nachdenkseiten-Team,

mir scheint die Debatte um die Lebensmittel-Preise gezielt vergiftet. Wie in allen anderen Bereichen auch, werden Politik und Wirtschaft aus dem Schussfeld genommen und statt dessen sind - wieder mal - wir Bürger, die Verbraucher, an allem Schuld.

Wie auch beim CO2 oder bei den miesen Bedingungen der Textilarbeiter oder bei der kaputten Rente oder zu wenig Geld für Infrastruktur, ..., liegt es - NATÜRLICH - immer an uns, an den kleinen Leuten, an denen, die am wenigsten steuern und beeinflussen können, an denen, die die wenigste Macht haben, an denen, die am meisten den Bedingungen

ausgeliefert sind.

Das hat Methode. Jeder Politiker spielt auf dieser Klaviatur perfekt: "Ihr seid Schuld, ihr habt das zu verantworten, wegen euch läuft es schief, WIR kommen kaum dabei hinterher mit Aufräumen bei dem Mist den ihr immer uns einbrockt."

Aber warum spiele Sie auch auf dieser Klaviatur mit? Ich lese bei Ihnen: "*Ein Umdenken beim Verbraucher ist nötig*"

Damit nehmen *auch* Sie den Verbraucher als verantwortlich in die Pflicht. Kann "der Verbraucher" denn irgendwie die Rahmen-Bedingungen ändern? Nein, gewisse nicht! Vielmehr hat "der Verbraucher", der Bürger, genau dafür gewählte Politiker in einem Parlament, damit diese die Verhältnisse so austarieren, dass das Gleichgewicht stimmt. Und genau das tut die Politik aber nicht.

Davon abgesehen halte ich die ganze Debatte für verfehlt. Es wird ja auch so getan, wie wenn die Discounter – auf den Druck der Verbraucher hin – die Erzeugerpreise in den Keller schicken würden. Das betont auch Frau Klöckner andauernd, etwa mit ihrem Cassandra-Rufen: "2 Kilo Äpfel für 1,11 Euro. Das geht doch nicht." Das ist kompletter Quatsch. Schon immer haben Läden Kunden mit Lockangeboten in ihre Geschäfte gelockt. Und wenn ein Geschäft ein Produkt unter seinem eigenen Einkaufspreis anbietet ist das entweder deren eigenes Problem oder es muss verboten sein. Auf jeden Fall bestimmt der Handel nicht den Einkaufspreis der Ware über seinen Verkaufspreis. Das ist Wirtschaftstheorie auf den Kopf gestellt. Das ist einfach nur Unsinn.

Ich sehe das Problem an ganz anderer Stelle: wie auch in der übrigen Wirtschaft wird auch in der Landwirtschaft der Große (industrielle Landwirtschaft, Massentierhaltung, Agrarindustrie) politisch und steuerlich und subventionstechnisch gefördert und gepampert und überdüngt, und der Kleine (Kleinbauer) abgehängt, erwürgt, überreguliert, missachtet.

Preise macht der Handel nicht aus der Luft und nicht nach Lust und Laune. Der Handel kann auf Dauer nicht Produkte billig anbieten wenn er sie teuer einkaufen muss. *Also kauft der Handel die Produkte irgendwo billig ein.* Und wo? Im Ausland, bei den Großlandwirten, bei den Massentierhaltern, ...

Das Problem ist doch, dass die Politik dies zulässt, und dass die "normalen Landwirte", die einheimischen Landwirte mit diesen Massenproduzenten und Billigerzeugern im In- und Ausland mithalten müssen.

Die Politik hat das Ungleichgewicht zwischen Starken und Schwachen auszutariieren. Das ist die eigentliche, ureigene Aufgabe einer verantwortlichen Staatspolitik. Und genau das leistet die heutige Politik nicht. Eine Frau Klöckner nicht, ein Herr Scheuer nicht, ein Herr Scholz nicht, eine Frau Merkel nicht, ...

Bitte schärfen Sie ihr Profil indem Sie nicht solch unsägliches Politiker-Gewäsch ablassen: "Hier sind Politik, Handel und Verbraucher gefragt."

Nein! Politik, und NUR Politik, gestaltet die Rahmenbedingungen. Sind diese falsch gesetzt können alle Betroffenen nichts mehr richtig machen.

Bitte nehmen Sie es mir nicht übel wenn ich Sie dazu auffordere, POLITISCHER ZU DENKEN. Denken auf dem Niveau von Politiker-Sonntagsreden ("Wir alle sind in der Verantwortung, blablabla!") haben wir doch bitte schön schon so übergenug.

Mit freundlichen Grüßen
Albrecht Storz

22. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger:

In Ihrem Artikel sind einige Tatsachen nicht richtig dargestellt.

1. EDEKA und REWE kann man anders als ALDI und LIDL nicht als Discounter bezeichnen. Die Preise dort sind bei EDEKA und REWE doch deutlich höher. Dies in einem Atemzug zu nennen, ist nach meiner Meinung nicht richtig.
2. Zitat: "Da wird dann in der Neubausiedlung das Tönnies-Discount-Nackensteak vom Lidl auf den 1.000 Euro teuren Weber-Grill geworfen." Ob dies so oft gerade bei ärmeren Menschen passiert, stelle ich in Frage. Diesen Grill können sich wohl nicht alle leisten.
3. Meines Wissens sind Arabica-Kaffeebohnen die besseren Bohnen als etwa Liberica.

Mit freundlichen Grüßen
R. K.

Replik Jens Berger: Sehr geehrter Herr K,

schönen Dank für Ihre Zuschrift. Zu Ihren Fragen/Punkten:

1. Auch EDEKA und REWE haben leider derartige Aktionspreise und mischen mit ihren Eigenmarken mächtig im Preiskampf mit und setzen dabei die Bauern durch ihre Nachfragemacht unter Druck.

2. Diese Passage stammt aus einem Abschnitt, in dem ich ausdrücklich das Verhalten einiger Konsumenten schildere, die sich qualitativere Produkte leisten könnten.

3. Eben drum. Die meisten in Deutschland verkauften Mischungen sind 100% Arabica ... aber das ist ja nur die Sorte und keine Qualitätskategorie.

*mit besten Grüßen
Jens Berger*

23. Leserbrief

Liebes NDS-Team,

neben den „Rindviechern“ Verbraucher (ein unverschämter, entwürdigender und beleidigender Terminus für den, der für sein erarbeitetes Geld einen vermeintlichen Gegenwert kauft ...!) und Bauer wurde mir in dem Artikel auf das Tierwohl der „Schweine“ Landgrabber, Massentierhalter und deren Investoren und zwar auf internationaler Ebene zu wenig eingegangen. Man könnte fast glauben, dass in der Landwirtschaft und Lebensmittel-„Industrie“ kaum Profite erzielt werden. Und das ist falsch. Nur an welchen Stellen...

Ihr Leser I.Drechsel

24. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

Sie sprechen mir aus der Seele!

Als Kunde wird man nur noch nach Strich und Faden ausgenommen und auf dem Altar des Profits geopfert. Und dann ist man ja selber schuld, weil man ja nicht bereit ist oder nicht in der Lage ist, höhere Preise für ordentlich erzeugte Lebensmittel zu zahlen? Die Anstalt hatte das im letzten Jahr auch brillant auf den Punkt gebracht.

Eine Anekdote am Rande:

Unsere Landwirtschaftsministerin, lt. Urban Priol „Miss Ernte“, kommt aus meiner Gemeinde. Alle fanden es toll, daß „es Julia“ jetzt in Berlin Karriere macht. Wobei sie aus meiner Sicht in der Opposition in Rheinland-Pfalz außer Krakehlen keine Ergebnisse geliefert hat. Ist ja auch bequem in der Opposition. Kaum war sie in Berlin, liefen die Wetten in unseren Kneipen: „Wie lange hält sie sich? 1 Jahr? Maximal 2 Jahre?“ Die Frage war berechtigt, denn in dem ganzen Berliner Marionettentheater hat sie als einzige der Minister halbwegs Ahnung in Ihrem Ressort. Schließlich ist sie in einer Winzerfamilie aufgewachsen. Dachte man. Sie hätte ja „zu gut“ sein können und damit der Großindustrie unbequem werden können, siehe Yannis Varoufakis, ein studierter Wirtschaftsfachmann als Finanzminister. Aber weit gefehlt, jetzt zeigt sie ihr wahres Gesicht als Handpuppe der Großkonzerne, der Käfighühnerbarone und der Ferkelschwanzabschneider!

Mittlerweile distanzieren sich sogar rabenschwarze Konservative (u.a. Winzer) von ihr - DAS „hätten sie nicht von ihr erwartet!“

Wir wissen, wie es ausgehen wird: der Platz im Aufsichtsrat bei Nestlé oder Bayercropscience ist ihr sicher!

Aber welche Wahl hat man, wenn die wirklich guten Leute über alle Fraktionen hinweg von ihren Parteigenossen weggebissen und weggemobt werden? Doch nur den kleinen zivilen Ungehorsam und eben die bewußte Entscheidung, so weit wie möglich keine Produkte von Tierquälern und Umweltvergiftern mehr zu kaufen. So weit möglich und soweit tatsächlich Transparenz gegeben ist....

Weitere Artikel zu dem Thema:

- infosperber.ch/Artikel/Wirtschaft/Beim-Palmol-sind-Konsumentinnen-und-Konsumenten-aufgeschmissen
- deutsch.rt.com/meinung/97632-billiges-essen-gross-und-kleinkapital-streiten-um-profit/

Mit freundlichen Grüßen und herzlichen Dank für Ihre unermüdliche Arbeit,

Ameli Ganz

25. Leserbrief

Liebe NDS-Redaktion,

[...]

Leserbrief zu: Jens Berger, Debatte um Lebensmittelpreise - scheinheilig und zynisch

Eine gesunde, nachhaltige Ernährung ist keine Frage des Preises, sondern des Ernährungsstils. Es gibt eine erdrückende Fülle von Studien, die zeigen, dass die gesündeste Ernährungsform für den Menschen die pflanzenbasierte („vegane“) ist, stellvertretend nenne ich nur die „China Study“ von Colin Campbell. Der Irrsinn, dreimal am Tag Tiere, ihre Eier oder ihre Milch zu verzehren, breitet sich erst seit dem zweiten Weltkrieg und mittlerweile weltweit wie eine Seuche aus und zieht zwangsläufig zahlreiche weitere „Seuchen“ wie viele Krebsarten, koronare Herzerkrankungen, Schlaganfälle, Thrombosen, Diabetes Typ II u.a.m. nach sich, denn der menschliche Körper ist biologisch für die Verstoffwechslung von Pflanzen, nicht von Tieren konstruiert (entgegen der oft noch vorherrschenden Meinung, der Mensch sei ein Omnivore).

Nicht nur gesundheitlich, auch in bezug auf Umwelt und Tierwohl wirkt sich die Sucht nach Fleisch katastrophal aus. Die Produktion pflanzlicher Nahrung verbraucht nur einen Bruchteil der energetischen und Umweltressourcen, die die Tierhaltung beansprucht. Schon Einstein erkannte: „Nichts wird die Chance auf ein Überleben auf der Erde so steigern wie der Schritt zur vegetarischen Ernährung“ (Bevor der Begriff „vegan“ in Mode kam, hatte „vegetarisch“ die Bedeutung von „vegan“).

Der Unwille, Gewohnheiten zu verändern, der Suchtmittelcharakter, den Nahrungsmittel annehmen können und die allenthalben präsente Propaganda der Fleisch- und Milch-Lobby mit ihrer sachlich falschen Verteufelung der Kohlenhydrate bilden eine mächtige Phalanx gegen Vernunft und Wandel. Dazu brauchen wir keine exotischen Früchte zu Luxus-Preisen, unsere heimischen Wild- und Agrarpflanzen, die unsere Vorfahren über Jahrhunderte von Jahrtausenden gut ernährt haben, reichen völlig aus. Allerdings ist Bio-Gemüse tatsächlich teurer als manche Fleisch-Angebote, was an absurden Subventionen für eine kranke und

krankmachende Viehwirtschaft liegt.

Laut dem Fleisch-Atlas des BUND werden jährlich 60 Milliarden (sic!) Tiere geschlachtet und verzehrt - ein Massentöten ungeheuren Ausmaßes. Denken wir um, dehnen wir unsere Empathie auf alle unsere Mitgeschöpfe aus, wenden wir uns vom „Speziesismus“ (der Mensch ist die überlegene Spezies und hat das Recht, nicht-menschliche Lebewesen zu seinen Zwecken beliebig leiden zu lassen oder zu töten) ebenso ab wie vom Rassismus. Dies entspricht im übrigen auch unserer menschlichen Natur, denn wer hätte noch Appetit, etwas vom Tier zu essen, wenn er/ sie das Tier selbst schlachten müsste oder auch nur das vollkommen aus unserem Wahrnehmungsbereich verbannte Tierleid sähe?

[...]

Danke für Ihre großartige Arbeit und freundliche Grüße,
S P

26. Leserbrief

Gesetzwidrige Appelle

Nein, liebe verantwortliche Politvertreter: Es reicht nicht, den Handel zu fairen Preisen für die Bauern aufzurufen! Als erstes muss sichergestellt werden, dass gesetzwidrige Produktionsbedingungen beim Herstellen unserer Nahrung vom Staat unnachlässig verfolgt und bestraft werden. Berufsverbote für Wiederholungstäter müssen her, denn die Ernährung der Bürger, unsere Umwelt und die würdige Haltung auch der Nutztiere sind ein absolut hohes Gut. Es darf endlich nicht mehr der Markt- und Finanzmacht gewissenloser Ausbeuter von Natur und Kreatur geopfert werden. Dies zu ändern, sind nur Gesetzeshüter in der Lage.

Peter Richartz

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden Emailadressen:

- [leserbriefe\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:leserbriefe@nachdenkseiten.de) für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- [hinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:hinweise@nachdenkseiten.de) wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- [videohinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:videohinweise@nachdenkseiten.de) für die Verlinkung von interessanten Videos.
- [redaktion\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:redaktion@nachdenkseiten.de) für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „[Gebrauchsanleitung](#)“.